

Renate Bruggmann  
SP und Gewerkschaften  
Heldswilerstrasse 32  
9214 Kradolf

EINGANG GR 5. MAI 2010		
GRG Nr.	08	EA 61 247

## Einfache Anfrage Konsolidierungsprogramm des Bundes 2011-2013

Der Bundesrat plant zur Entlastung des Bundeshaushaltes ein radikales Sparprogramm: Ab dem Jahr 2011 sollen jährlich rund 1,5 Milliarden Franken eingespart werden. Damit reagiert die Landesregierung auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und auf massive Steuerausfälle.

Dieser Sparkurs kommt aber sicher im falschen Moment, denn damit wird die zögerliche konjunkturelle Erholung abgewürgt. Auch die Ökonominnen und Ökonomen der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich warnen in der gegenwärtigen Situation vor einem übertriebenen Sparkurs.

Haushaltkonsolidierung und Schuldenbremse in Ehren, aber die geplanten Massnahmen werden Folgen für die Volkswirtschaft der Schweiz haben. Kantone und Gemeinden müssen mit massiven finanziellen Folgen rechnen.

Auf der Massnahmenliste des Bundesrates stehen:

- Streichungen von Abgeltungen im Regionalen Personenverkehr (div. Linien im TG)
- Kürzungen im Bildungsbereich
- Kürzungen im Umweltbereich (Umwelttechnologie, Gewässerschutz, Wald)
- Reduktion der Mittel im Bereich Landwirtschaft
- Kürzungen der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung
- Kürzungen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege
- Sparen bei dringlichen Investitionen des öffentlichen Verkehrs und vieles mehr

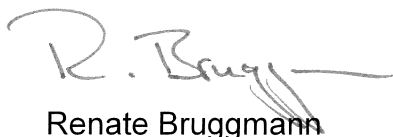
Der Bundesrat stellt mit dem Konsolidierungsprogramm zentrale staatliche Aufgaben in Frage. Bezahlt der Bund nicht mehr, werden Kantone und Gemeinden zur Kasse gebeten. Diese Mehrausgaben werden uns umso empfindlicher treffen, als gleichzeitig die Einnahmen konjunkturbedingt sinken.

Die Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm 2011-2013 wurde soeben eröffnet.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Hat der Regierungsrat schon genaue Informationen, mit welchen finanziellen Einbussen der Kanton Thurgau zu rechnen hat?  
Welche Bereiche sind besonders betroffen?
2. Mit welchen Einbussen müssen die Gemeinden rechnen und in welchen Bereichen?  
Welche neuen Aufgaben und Ausgaben kommen auf die Gemeinden zu?
3. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat in seiner Vernehmlassung zu diesem Konsolidierungsprogramm des Bundes?

Kradolf, 05. Mai 2010



Renate Bruggmann